

KOLLEKTIVVERTRAG

**für die Angestellten und sonstigen Dienstnehmer der
ausländischen Luftverkehrsgesellschaften in
Österreich**

GÜLTIG AB 1. JÄNNER 2019



www.gpa-djp.at

Unser Service für Sie:

- **Rechtsberatung und Rechtsschutz** in arbeitsrechtlichen Angelegenheiten
- **Beratung** zu Arbeitsrecht, Arbeitszeit, Abfertigung Neu, Kollektivvertrag, Einstufung, Überstunden, Karenz und Mutterschutz, Weiterbildung uvm.
- Mehr **Information** durch die Mitgliederzeitschrift **KOMPETENZ**
- Umfassendes **Service** durch die Mitglieds-**CARD**, auch im Bereich Freizeit, Sport, Kultur und Urlaub

Mitglied sein bringt's!

KOLLEKTIVVERTRAG

**für die Angestellten und sonstigen Dienstnehmer der
ausländischen Luftverkehrsgesellschaften in
Österreich**

GÜLTIG AB 1. JÄNNER 2019

Liebe Kollegin, lieber Kollege,

Sie halten die aktualisierte Neuauflage Ihres Kollektivvertrages in Händen. Darin sind wichtige Ansprüche aus Ihrem Arbeitsverhältnis geregelt. Darunter auch solche, auf die es keinen gesetzlichen Anspruch gibt, wie zum Beispiel Urlaubs- und Weihnachtsgeld.

Ein Kollektivvertrag

- schafft gleiche Mindeststandards bei der Entlohnung und den Arbeitsbedingungen für alle Arbeitnehmer einer Branche,
- verhindert, dass die Arbeitnehmer zu deren Nachteil gegeneinander ausgespielt werden können,
- schafft ein größeres Machtgleichgewicht zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern und
- sorgt für gleiche Wettbewerbsbedingungen zwischen den Unternehmen einer Branche.

Die GPA-djp verhandelt jedes Jahr über 170 Kollektivverträge mit den zuständigen Arbeitgeberverbänden. Damit ein neuer Kollektivvertrag abgeschlossen oder ein bestehender verbessert werden kann, muss es inhaltlich zu einer Einigung kommen. Oft gelingt das erst nach mehreren Verhandlungsrunden, manchmal müssen wir als Gewerkschaft Druck bis hin zum Streik erzeugen. Als Gewerkschaftsmitglied tragen Sie entscheidend zu jener Stärke bei, mit der wir Forderungen im Interesse der ArbeitnehmerInnen durchsetzen können. Deshalb möchten wir uns bei dieser Gelegenheit herzlich für Ihre Mitgliedschaft bedanken.

Sollten Sie zu Ihrem Kollektivvertrag oder Ihrem Arbeitsverhältnis Fragen haben, stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Barbara Teiber, MA
gf. Vorsitzende

Karl Dürtscher
Bundesgeschäftsführer

Istgehälter: Anhebung um insgesamt 3,7 Prozent.

Ruhezeiten zwischen Schichten: Verlängerung auf 11 Stunden.

GPA-djp Servicecenter:

Hotline: 05 0301-301,

service@gpa-djp.at, www.gpa-djp.at, [facebook/gpa-djp](https://www.facebook.com/gpa-djp)

Abschlussinformation 2019

- 1.** Die Istgehälter der Angestellten, die derzeit ein Gehalt unter der Stufe 6 beziehen, werden mit 1. 1. 2019 um 1,85 % maximal bis zur Stufe 6 erhöht.
- 2.** Zusätzlich werden 1,85 % der Gehaltssumme derjenigen Angestellten, die derzeit ein Gehalt unter dem Endwert der Stufe 6 beziehen, gemäß den Richtlinien laut § 19 des KV individuell maximal bis zur Stufe 6 verteilt.
- 3.** Abweichend von der 5% Grenze nach § 19 a.2. kann die Erhöhung aus dem individuellen Topf für Beschäftigte der VG 1–4 bis zu 8 % betragen. Diese Regelung gilt nur für 2019 und wird für 2020 evaluiert bzw neu verhandelt.
Klargestellt wird, dass sich die maximale Prozentsteigerung ausschließlich auf die Verteilung des individuellen Topfes bezieht. Darüberhinausgehende freiwillige Erhöhungen sind von dieser Obergrenze nicht betroffen.
- 4.** In den Erhöhungen nach Punkt 1 und 2 ist auch der Ersatz der Stufensprünge des KV alt mit 1,2 % enthalten.
- 5.** Die Erhöhung wird mit 1. 1. 2019 wirksam.
- 6.** Die Auszahlung der oben genannten Erhöhungen erfolgt bis spätestens 30. 4. 2019.
- 7.** Die Mindestruhezeit nach § 5 Abs 2 wird auf 11 Stunden erhöht.
- 8.** Dieser Abschluss gilt für den Zeitraum vom 1. 1. 2019 – 31. 12. 2019.
- 9.** Die Verhandlungen für 2020 sollen im 4. Quartal 2019 aufgenommen werden.

Inhaltsverzeichnis

	Seite		Seite
<i>KV-Abschluss 2019</i>	<u>6</u>	§ 13 Sonderzahlungen	<u>13</u>
§ 1 Geltungsbereich	<u>8</u>	§ 14 Mankogeld	<u>13</u>
§ 2 Geltungsbeginn und Geltungsdauer	<u>8</u>	§ 15 Kilometergeld	<u>13</u>
§ 3 Anwendung des Arbeitsverfassungsgesetzes	<u>8</u>	§ 16 Tages- und Nächtigungsgebühren	<u>13</u>
§ 4 Anstellung	<u>8</u>	§ 17 Günstigkeitsklausel	<u>14</u>
§ 5 Arbeitszeit	<u>9</u>	§ 18 Verwendungsgruppenschema und Gehaltsregelung	<u>14</u>
§ 6 Ruhezeit und Feiertage	<u>9</u>	§ 19 Valorisierungsbestimmungen	<u>15</u>
§ 7 Überstunden, Sonn- und Feiertagsarbeit	<u>9</u>	§ 20 Übergangsbestimmungen	<u>15</u>
§ 8 Fortzahlung des Entgeltes bei Dienstverhinderung	<u>10</u>	§ 21 Präklusivfrist	<u>16</u>
§ 9 Urlaub	<u>11</u>	Anhang I Verwendungsgruppenschema	<u>17</u>
§ 9a Elternkarenz	<u>11</u>	Anhang II Gehaltstabelle 1. 1. 2019	<u>18</u>
§ 10 Kündigung und vorzeitige Auflösung des Dienstverhältnisses	<u>11</u>	Anhang III Gehaltstabelle 1. 1. 2018	<u>19</u>
§ 11 Abfertigung	<u>11</u>	Anhang IV Gehaltstabelle 1. 1. 2017	<u>20</u>
§ 12 Jubiläumsgeld	<u>12</u>	Anhang V Gehaltstabelle 1. 1. 2016	<u>21</u>
		Anhang VI Gehaltstabelle 1. 1. 2015	<u>22</u>

Das Impressum befindet sich auf der letzten Umschlagseite

KOLLEKTIVVERTRAG

abgeschlossen zwischen der **Wirtschaftskammer Österreich, Fachverband der Autobus-, Luftfahrt- und Schifffahrtunternehmungen, Berufsguppe Luftfahrt**, Wiedner Hauptstraße 63,

1040 Wien, einerseits und dem **Österreichischen Gewerkschaftsbund, Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier, Wien 3, Alfred-Dallinger-Platz 1**, andererseits,

betreffend die Angestellten und sonstigen Dienstnehmer der ausländischen Luftverkehrsgesellschaften in Österreich.

§ 1 Geltungsbereich

1. Dieser Kollektivvertrag gilt für sämtliche in der Republik Österreich tätigen Angestellten und sonstigen Dienstnehmer (im Folgenden kurz Angestellte genannt) der ausländischen Luftverkehrsgesellschaften.

2. Ausgenommen von diesem Kollektivvertrag sind die von den Gesellschaften in das Gebiet der Republik

Österreich versetzten Angestellten, deren Dienstverträge ausländischem Dienstrecht unterliegen, sowie Sonderverträge von leitenden Angestellten im Sinne des Arbeitszeitgesetzes, sofern diese keine ungünstigeren Bestimmungen enthalten.

§ 2 Geltungsbeginn und Geltungsdauer

1. Dieser Kollektivvertrag tritt mit **1. Jänner 2019** in Kraft.

2. Dieser Kollektivvertrag kann dreimonatig jeweils zum Ende eines Kalendermonats beiderseits mittels

eingeschriebenen Briefes gekündigt werden. Während der Kündigungsfrist sollen Verhandlungen zwecks Erneuerung des gegenständlichen Kollektivvertrages aufgenommen werden.

§ 3 Anwendung des Arbeitsverfassungsgesetzes

Für die betriebliche Vertretung gilt das Arbeitsverfassungsgesetz samt der Betriebsratswahl- und -geschäftssordnung in der jeweils gültigen Fassung.

§ 4 Anstellung

1. Eine Anstellung auf Probe kann mit dem Angestellten nur auf die Dauer eines Monats vereinbart werden.

2. Dem Angestellten ist bei Beginn des Dienstverhältnisses seine Einreihung in die im Anhang I (siehe Sei-

te [17](#)) zu diesem Kollektivvertrag festgelegte Verwendungsgruppe und Senioritätsstufe schriftlich mittels Dienstzettel mitzuteilen. Der Betriebsrat ist davon vorher zu informieren.

§ 5 Arbeitszeit

1. Die Arbeitszeit für Angestellte, welche nicht im Schicht- bzw kontinuierlichen Dienst beschäftigt sind, beträgt 40 Stunden pro Woche.

Die normale Arbeitszeit fällt in die Zeit von 6.00 bis 20.00 Uhr.

2. Die regelmäßige Arbeitszeit für Angestellte, die im Schicht- bzw kontinuierlichen Dienst beschäftigt sind, beträgt – je nach Länge des Monats und Lage der Wochenenden – zwischen 160 und maximal 184 Stunden innerhalb eines Monats. Die Arbeitszeit kann ungleichmäßig verteilt werden, jedoch muss zwischen 2 Schichten bzw Turnussen eine mindestens 11-stündige Ruhezeit liegen.

Bei Bedarf kann mittels einer Betriebsvereinbarung der Durchrechnungszeitraum anders vereinbart werden, wenn Gleichwertigkeit zur KV Regelung gewahrt wird.

Per Betriebsvereinbarung kann weiters vereinbart werden, einen Saldo von bis zu 24 Plus – oder Minus-

stunden in den nächsten Durchrechnungszeitraum zu übertragen. In Betrieben ohne Betriebsrat kann diese Vereinbarung auch auf Einzelvertragsbasis erfolgen.

(Abs 2 idF ab 1. Jänner 2019)

3. Die Normalarbeitszeit für Angestellte, die im Schichtdienst beschäftigt sind, fällt in die Zeit von 6.00 Uhr bis 22.00 Uhr und kann auf täglich höchstens 12 Stunden, unter Beachtung der Bestimmungen des Arbeitszeitgesetzes, ausgedehnt werden. Die Zeit von 22.00 Uhr bis 6.00 Uhr wird im Rahmen der bestehenden Nachtschichtzulage von mindestens 30 % abgegolten. Bestehende günstigere Regelungen gelten weiterhin.

4. Für Teilzeitbeschäftigte muss die tägliche zusammenhängende Normalarbeitszeit im Schichtdienst mindestens 4 Stunden betragen.

§ 6 Ruhezeit und Feiertage

1. Im Schicht- bzw kontinuierlichen Dienst gilt im Hinblick auf die besonderen Betriebsverhältnisse der Sonntag als Arbeitstag.

Enthält der Schichtplan keinen arbeitsfreien Sonntag, so gebührt jedem betroffenen Angestellten eine wöchentliche Ruhezeit als Ersatz für die Sonntagsruhe. Die wöchentliche Ruhezeit muss eine mindestens 36-stündige ununterbrochene Freizeit umfassen.

2. Die 36-stündige Wochenruhe muss mindestens zwölf Mal im Kalenderjahr die Zeit von Samstag, 13.00 Uhr, bis Sonntag, 24.00 Uhr, umfassen. Diese Regelung gilt nicht für jene Fluglinien die österreichische Flughäfen ausschließlich an Wochenenden anfliegen. Abweichende Regelungen können nur durch Betriebsvereinbarung getroffen werden.

3. Die gesetzlichen Feiertage sind:

1. und 6. Jänner

Karfreitag (nur für Angehörige der evangelischen Kirchen AB und HB, der altkatholischen Kirchen und der Methodistenkirche)

Ostermontag

1. Mai

Christi Himmelfahrt

Pfingstmontag

Fronleichnam

15. August

26. Oktober

1. November

8., 25. und 26. Dezember

Der 24. und 31. Dezember gelten als Halbf Feiertage mit Dienstschluss nicht später als 12.00 Uhr. Nimmt ein Angestellter am 24. oder 31. 12. Urlaub, so wird nur ein halber Urlaubstag angerechnet.

§ 7 Überstunden, Sonn- und Feiertagsarbeit

1. Überstunden sind vom Dienstgeber oder dessen Bevollmächtigten angeordnete Arbeitsstunden, welche über die im § 5 festgelegte Arbeitszeit hinausge-

hen. Hinsichtlich der Anordnung von Überstunden gelten die Bestimmungen des Arbeitszeitgesetzes.

2. Die Überstundenentlohnung besteht aus einem Grundstundenlohn und einem Zuschlag. Grundlage für die Berechnung des Grundstundenlohnes ist 1/157.

3. Für Angestellte, welche nicht im Schicht- bzw kontinuierlichen Dienst beschäftigt sind, beträgt der Überstundenzuschlag an Werktagen in der Zeit von 6.00–20.00 Uhr 50 % und in der Zeit von 20.00–6.00 Uhr 100 %, an Sonntagen 100 %.

4. Für Angestellte, welche im Schicht- bzw kontinuierlichen Dienst beschäftigt sind, beträgt der Zuschlag für die ersten 3 Überstunden pro Woche (Montag bis Sonntag) 50 %, für die weiteren 100 %.

5. Für Arbeiten in Ruhezeiten (gem § 6 Z 1) wird ein 100 %iger Zuschlag gewährt.

6. Für Arbeiten an gesetzlichen Feiertagen bzw Halbfeiertagen, die keine Ruhetage sind, wird ein 60 %iger Zuschlag gewährt.

Für jede geleistete Arbeitsstunde an gesetzlichen Feiertagen bzw Halbfeiertagen wird im gleichen Ausmaß bezahlte Freizeit gewährt. Die Gewährung dieser

bezahlten Freizeit erfolgt unter Berücksichtigung der betrieblichen Erfordernisse.

Treffen die Voraussetzungen für die Gewährung von Überstundenzuschlag und Feiertags- bzw Ruhetagszuschlag gleichzeitig zu, so ist nur der jeweils höhere Zuschlag (zB 60 % Zuschlag plus 100 % Freizeit) anzuwenden.

7. Wird ein Angestellter im Schichtdienst außerplanmäßig und nicht in Verbindung mit dem Schichtdienst zu einer kürzeren Arbeitszeit als 6 Stunden herangezogen, so sind diesem jedenfalls 6 Stunden zu vergüten.

8. Der Überstundenabgeltungsanspruch muss binnen 4 Monaten nach dem Tag der Überstundenleistung geltend gemacht werden, da ansonsten der Anspruch erlischt. Im Falle der rechtzeitigen Geltendmachung gilt die 3-jährige Frist des ABGB.

9. Die Abgeltung der Überstunden kann im Einvernehmen mit dem Angestellten unter Berücksichtigung der Zuschläge gem Z 3, 4 und 5 im Zeitausgleich erfolgen.

10. Im Allgemeinen soll die Normalarbeitszeit nicht weniger als 6 Stunden pro Schicht bzw Tag betragen.

§ 8 Fortzahlung des Entgeltes bei Dienstverhinderung

1. Bei Erkrankung behält der Angestellte Anspruch auf das Entgelt gem § 8 Angestelltengesetz mit der Maßgabe, dass anstelle des halben Entgeltes die Differenz zwischen Krankengeld und dem normalen Nettogehalt bezahlt wird.

Über die Leistungen des vorhergehenden Absatzes hinaus wird ein weiterer Zuschuss zum Krankengeld in der Höhe der Differenz zwischen Krankengeld und dem normalen Nettogehalt (Anhang II) gewährt, der jedoch 49 % des Bruttogehaltes (Anhang II) nicht übersteigen darf, und zwar in folgendem Ausmaß:

- wenn das Dienstverhältnis mehr als 5 Jahre gedauert hat 4 Monate,
- bei mehr als 10 Jahren 6 Monate,
- bei mehr als 20 Jahren 9 Monate.

2. In nachstehend angeführten Fällen wird bei Dienstverhinderung jedem Angestellten ohne Schmälerung

seines Gehaltes eine Freizeit im folgenden Ausmaß gewährt:

bei eigener Eheschließung	3 Arbeitstage,
bei Eheschließung eines Elternteiles, von Kindern und Geschwistern	1 Arbeitstag,
bei Tod des Ehegatten bzw Ehegattin oder Lebensgefährten bzw Lebensgefährtin, sofern zur Zeit des Ablebens ein gemeinsamer Haushalt bestand ..	3 Arbeitstage,
bei Tod des Vaters, der Mutter oder eines Kindes	2 Arbeitstage,
bei Tod von Geschwistern, Schwiegereltern, Großeltern sowie von nicht im gemeinsamen Haushalt lebenden Ehegatten	1 Arbeitstag,
bei Wohnungswechsel die nötige Zeit, höchstens jedoch	2 Arbeitstage,
bei Niederkunft der Ehegattin oder Lebensgefährtin	2 Arbeitstage.

§ 9 Urlaub

1. Für den Urlaub des Dienstnehmers gelten die Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 7. 7. 1976 betreffend die Vereinheitlichung des Urlaubsrechtes und die Einführung einer Pflegefreistellung BGBl Nr 390, in der jeweils geltenden Fassung.

2. Für die Bemessung der Urlaubsdauer sind auch die im Ausland zugebrachten Dienstzeiten anzurechnen, jedoch insgesamt, einschließlich der im Inland zugebrachten Dienstzeiten, im Ausmaß von höchstens 5 Jahren.

§ 9a Elternkarenz

Sofern eine Elternkarenz bis längstens zum zweiten Geburtstag des Kindes beansprucht wurde, hat der Arbeitgeber im sechsten oder fünften Monat vor dem Ende der Karenz den in Karenz befindlichen Elternteil an die zuletzt bekannt gegebene Adresse schriftlich zu informieren, zu welchem Zeitpunkt die Karenz endet.

Wird diese Verständigung unterlassen und erfolgte kein Austritt gem § 23a Abs 3 bzw 4 AngG, kann der/die ArbeitnehmerIn bis zu vier Wochen nach einer nachgeholtten Verständigung in obigem Sinn die Arbeit antreten (spätestens mit Ablauf des Anspruchs auf Kinderbetreuungsgeld) oder binnen zwei Wochen nach dieser Verständigung den Austritt erklären; in diesem Fall besteht Anspruch auf Abfertigung gem § 23a Abs 3 und 4 AngG, sofern nicht das BMVG Anwendung findet.

Die Unterlassung der Dienstleistung zwischen dem Ende der gesetzlichen Karenz und dem Wiederantritt im Sinne der obigen Bestimmung gilt als nicht pflicht-

widrig. Es besteht kein Kündigungsschutz über den gesetzlichen Anspruch hinaus.

Diese Regelung gilt für Karenzen, die nach dem 30. 9. 2004 enden.

Für Karenzen, die ab dem 1. 1. 2016 beginnen gilt:

Karenzzeiten werden im Ausmaß von bis zu 22 Monaten pro Karenz für alle von der Dauer der Dienstzeit abhängigen Ansprüche angerechnet.

Für Karenzen, die ab dem 1. 1. 2019 beginnen gilt:

Für Geburten ab dem 1. 1. 2019 wird die erste Karenz im laufenden Dienstverhältnis nach dem MSchG sowie VKG im Ausmaß von höchstens 24 Monaten auf alle von der Dauer der Dienstzeit abhängigen Ansprüche angerechnet. Ab der zweiten Karenz im laufenden Dienstverhältnis werden pro Karenz nach dem MSchG sowie VKG bis höchstens 22 Monate auf alle von der Dauer der Dienstzeit abhängigen Ansprüche angerechnet.

§ 10 Kündigung und vorzeitige Auflösung des Dienstverhältnisses

1. Ist das Dienstverhältnis ohne Zeitbestimmung eingegangen oder fortgesetzt worden, so kann es durch Kündigung des Dienstgebers unter Einhaltung der im Angestelltengesetz genannten Kündigungsfristen gelöst werden.

Angestellte, die das 2. Dienstjahr noch nicht vollendet haben, können jeweils zum 15. oder Letzten eines Mo-

nats gekündigt werden. Ab dem 3. Dienstjahr kann die Kündigung nur mit Ablauf eines jeden Kalendervierteljahres vorgenommen werden.

2. Im Übrigen gelten für die Kündigung und vorzeitige Auflösung des Dienstverhältnisses die diesbezüglichen Bestimmungen des Angestelltengesetzes.

§ 11 Abfertigung

1. Hinsichtlich Abfertigung gelten für alle Dienstverhältnisse, die vor dem 1. 1. 2003 begonnen haben,

die Bestimmungen gem Ziff 1 bis 6 dieses Paragraphen, sofern kein Übertritt gemäß § 47 BMVG erfolgt.

Für alle Dienstverhältnisse, die nach dem 31. 12. 2002 begonnen haben oder für die ein Übertritt gem § 47 BMVG vereinbart wurde, gilt das betriebliche Mitarbeiterversorgungsrecht (BMVG) in der jeweils gültigen Fassung. Die Bestimmungen gem Ziff 1 bis 6 dieses Paragraphen kommen für diese Dienstverhältnisse nicht zur Anwendung.

Hat das Dienstverhältnis ununterbrochen 3 Jahre gedauert, so gebührt dem Angestellten bei Auflösung des Dienstverhältnisses eine Abfertigung. Diese beträgt das 2-fache des dem Angestellten für den letzten Monat des Dienstverhältnisses gebührenden Entgeltes und erhöht sich

- nach 5 Dienstjahren auf das 3-fache
- nach 10 Dienstjahren auf das 6-fache
- nach 15 Dienstjahren auf das 9-fache
- nach 17 Dienstjahren auf das 12-fache
- nach 20 Dienstjahren auf das 15-fache
- nach 25 Dienstjahren auf das 18-fache
- nach 30 Dienstjahren auf das 19-fache

des Monatsentgeltes,

Bei Firmenauflösung beträgt die Abfertigung anstatt der oben angeführten Sätze das 3-fache des dem Angestellten für den letzten Monat des Dienstverhältnisses gebührenden Entgeltes und erhöht sich

- nach 5 Dienstjahren auf das 4-fache
- nach 10 Dienstjahren auf das 7-fache
- nach 15 Dienstjahren auf das 10-fache
- nach 17 Dienstjahren auf das 12-fache
- nach 20 Dienstjahren auf das 16-fache
- nach 25 Dienstjahren auf das 18-fache
- nach 30 Dienstjahren auf das 19-fache

des Monatsentgeltes.

Im Übrigen gilt der § 23 des Angestelltengesetzes.

2. Der Anspruch auf die Abfertigung besteht auch dann, wenn das Dienstverhältnis aus dem Grund des

Pensionsantritts, bei Männern nach Vollendung des 60. Lebensjahres, bei Frauen nach Vollendung des 55. Lebensjahres, durch Kündigung seitens des Angestellten endet, sofern das Dienstverhältnis mindestens 10 Jahre ununterbrochen gedauert hat.

3. Weibliche Angestellte, die innerhalb der Schutzfrist bzw des Karenzurlaubes gem Mutterschutzgesetz das Dienstverhältnis lösen, erhalten die halbe Abfertigung gem Z 1.

4. Der Anspruch auf Abfertigung gem Z 1 besteht dann nicht, wenn der Angestellte, mit Ausnahme gem Z 2, selbst kündigt, wenn er ohne wichtigen Grund vorzeitig austritt oder wenn ihn ein Verschulden an der Entlassung trifft.

5. Bei Tod des Angestellten, der noch nicht 5 Jahre ununterbrochen im Betrieb beschäftigt war, beträgt die Abfertigung das 2-fache des letzten Monatsentgeltes. War der Angestellte länger als 5 Jahre ununterbrochen im Betrieb beschäftigt, so besteht Anspruch auf die volle Abfertigung gem Z 1.

Anspruchsberechtigt ist der in einem gemeinsamen Haushalt lebende Ehegatte(-in), Lebensgefährte (-in); sind solche nicht vorhanden, die gesetzlichen Erben, zu deren Erhaltung der Verstorbene gesetzlich verpflichtet war; in Ermangelung solcher, jene Personen, welche die Begräbniskosten bezahlen, jedoch nur in der Höhe der tatsächlich nachgewiesenen Begräbniskosten.

6. Bei einem Arbeitsunfall mit tödlichem Ausgang, der von der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt als solcher anerkannt wurde, gebührt die Abfertigung gem Z 1. Hinsichtlich der Anspruchsberechtigung gilt Z 5 sinngemäß.

§ 12 Jubiläumsgeld

Für langjährige Dienste werden dem Angestellten nach einer Beschäftigung im selben Unternehmen von

- 25 Jahren mindestens 2 monatliche Brutto Grundgehälter
- 35 Jahren mindestens 3 monatliche Brutto Grundgehälter
- 40 Jahren mindestens 4 monatliche Brutto Grundgehälter

als einmalige Anerkennungszahlung gewährt.

Außerdem wird der Angestellte an seinem Ehrentag sowie dem folgenden Tag vom Dienst unter Fortzahlung seines Entgeltes befreit.

Für Dienstverhältnisse die ab dem 1. 1. 2010 begründet wurden bzw. werden gilt abweichend von obiger Regelung folgendes:

Für langjährige Dienste werden dem Angestellten nach einer Beschäftigung im selben Unternehmen von

- 10 Jahren mindestens 1 monatliches Brutto Grundgehälter

20 Jahren mindestens 2 monatliche Brutto Grundgehälter
30 Jahren mindestens 3 monatliche Brutto Grundgehälter
als einmalige Anerkennungszahlung gewährt.
Außerdem wird der Angestellte an seinem 10-jährigen Jubiläum an seinem Ehrentag und bei seinem 20- und 30-jährigen Jubiläum auch am folgenden Tag vom Dienst unter Fortzahlung seines Entgeltes befreit.

Die Ehrentage berechnen sich bei Vollzeitmitarbeitern bezogen auf eine 5-Tage-Woche, bei Teilzeitmitarbeitern entsprechend pro Rata, wobei Teilurlaubstage auf ganze Tage aufgerundet werden.
Sollte ein Unternehmen sonstige einmalige betriebliche Sachbezüge im Rahmen des Jubiläums anbieten, so hat der Angestellte die Wahlmöglichkeit zwischen diesem Sachbezug oder dem Jubiläumsgeld aus dem gültigen Kollektivvertrag (Entweder/Oder).

§ 13 Sonderzahlungen

1. Urlaubszuschuss

Die Angestellten erhalten spätestens am 30. Juni eines jeden Jahres einen Urlaubszuschuss in der Höhe des zum Zeitpunkt der Auszahlung zustehenden Monatsgrundgehaltes.

2. Weihnachtsremuneration

Die Angestellten erhalten bis spätestens 30. November eines jeden Jahres eine Weihnachtsremuneration in der Höhe des Novembergehaltes.

3. Den während des Jahres ein- bzw austretenden Angestellten gebührt der ihrer Dienstzeit im Kalenderjahr entsprechende aliquote Teil, bei austretenden Angestellten berechnet nach dem letzten Monatsgrundgehalt.

Die Angestellten sind verpflichtet, den aliquoten Teil der ihnen bereits ausgezahlten Sonderzahlung auf Verlangen des Dienstgebers zurückzuzahlen, wenn sie selbst kündigen oder wenn das Dienstverhältnis aus ihrem Verschulden gelöst wird.

§ 14 Mankogeld

Der Betriebsrat wird ermächtigt, mit dem Dienstgeber eine Betriebsvereinbarung über ein Mankogeld abzuschließen (§ 97 Arbeitsverfassungsgesetz).

§ 15 Kilometergeld

Für Dienstfahrten im Auftrag des Arbeitgebers gebühren bei Verwendung eines PKWs die den Bundesbediensteten gewährten amtlichen Kilometersätze auf-

grund des § 10 Abs 2 der Reisegebührenvorschrift 1955, BGBl Nr 133/55, in der jeweils gültigen Fassung.

§ 16 Tages- und Nächtigungsgebühren

Bei Dienstfahrten in Österreich im Auftrag des Arbeitgebers gebühren die Tages- und Nächtigungsgelder gem § 26 Z 4 des Einkommenssteuergesetzes in der jeweils gültigen Fassung. Werden Rechnungen über

Nächtigungen vorgelegt, die höher sind als die amtlich festgesetzten Nächtigungsgebühren, werden diese Rechnungen bis zum 2,5-fachen der amtlich festgesetzten Nächtigungsgebühr vom Arbeitgeber bezahlt.

§ 17 Günstigkeitsklausel

Bestehende, für Angestellte günstigere Regelungen und Vereinbarungen werden durch die Normen dieses Kollektivvertrages nicht berührt. Die Leistungen die-

ses Kollektivvertrages sind auf weitergehende gleichartige Leistungen des Dienstgebers anrechenbar.

§ 18 Verwendungsgruppenschema und Gehaltsregelung

I. Allgemeine Bestimmungen

1. Die Angestellten werden nach ihrer Tätigkeit in Verwendungsgruppen eingereiht. Für die Einreihung in einer Verwendungsgruppe ist nicht die Berufsbezeichnung, sondern die Art der Tätigkeit und die geforderte Berufsausbildung maßgebend. Angestellte mit Tätigkeiten, die nicht in den Verwendungsgruppen erwähnt sind, werden in diejenige Gruppe eingereiht, die ihrem Aufgabengebiet am nächsten kommt.

2. Übt ein Angestellter mehrere Tätigkeiten gleichzeitig aus, die in verschiedenen Verwendungsgruppen erwähnt sind, erfolgt die Einreihung in diejenige Gruppe, die seiner überwiegenden Tätigkeit entspricht.

3. Eine aushilfsweise Tätigkeit in einer höheren Verwendungsgruppe oder eine vorübergehende Stellvertretung eines Angestellten einer höheren Verwendungsgruppe begründet keinen Anspruch auf höheren Gehalt, es sei denn, dass die aushilfsweise Tätigkeit oder Vertretung länger als zwei Monate dauert. In diesem Fall ist für die aushilfsweise Tätigkeit oder Vertretung eine Zulage zu zahlen, mindestens in der Höhe des Unterschiedes zwischen den Anfangsgehältern der betreffenden Verwendungsgruppen.

4. *gestrichen mit 1. 1. 2016*

5. Bei Vorrücken in eine höhere Verwendungsgruppe werden die Angestellten mit ihren bisherigen Dienstjahren und in ihrer Stufe in der neuen Verwendungsgruppe weitergeführt (Linearer Umstieg).

(Abs 5 idF ab 1. Jänner 2019)

6. *Gestrichen mit 1.1.2016*

7. Bei Vorliegen von Gründen, die eine Erhöhung des Gehaltes bedingen, tritt die Erhöhung am 1. desjenigen Monats in Kraft, in dem der für die Erhöhung maßgebende Grund fällt.

8. Die Gehaltszahlung für den laufenden Kalendermonat hat spätestens am letzten Tag des Monats zu erfolgen. Fällt der Zahltag auf einen Sonn- oder Feiertag, so ist die Gehaltszahlung am vorhergehenden Werktag vorzunehmen.

9. Jedem Angestellten ist eine schriftliche Gehaltsabrechnung auszuhändigen, aus der das Bruttogehalt, etwaige Zuschläge und die Abzüge ersichtlich sind.

10. Bei Neueinstellungen hat der Arbeitgeber dem Mitarbeiter eine Gesprächsmöglichkeit mit dem Betriebsrat (falls ein solcher nicht besteht mit dem jeweiligen Personalverantwortlichen bzw mit einer gesetzlichen oder freiwilligen Interessenvertretung) über die kollektivvertragliche Einstufung und das System der Vorrückung anzubieten.

11. Ab 1.1.2016 gilt eine neue Gehaltstabelle, in die bestehende Dienstverhältnisse nach den Maßgaben des § 20 übergeleitet werden und für die folgende Grundsätze anzuwenden sind:

Die Grundlage für die vorgesehenen Gehaltssprünge innerhalb der neuen Gehaltstabelle bilden die vollendeten bzw. angerechneten Dienstjahre eines jeden Angestellten, die wiederum auf dem individuellen Einstellungsdatum eines jeden Angestellten basieren. Der erste Sprung erfolgt nach den ersten vier vollendeten Dienstjahren, der zweite nach den zweiten fünf vollendeten Dienstjahren (insgesamt neun Dienstjahre), Danach erfolgt alle weiteren zehn Jahre ein Sprung, bis zum vollendeten vierzigsten Dienstjahr. (siehe Tabelle im Anhang II, Seite [18](#))

II. Das Verwendungsgruppenschema wird im Anhang I (siehe Seite [17](#)), die Gehälter und Zulagen im Anhang II (siehe Seite [18](#)) geregelt.

§ 19 Valorisierungsbestimmungen

Die Kollektivvertragspartner kommen überein jährlich Valorisierungsverhandlungen nach den folgenden Grundsätzen zu führen.

a. Es werden drei verschiedene Komponenten verhandelt:

1. Die kollektive Vergütungsanpassung der Ist-Gehälter

Dies bezeichnet die Erhöhung, die unterschiedslos für alle Ist-Gehälter, mit Ausnahme der am Endwert befindlichen, zum Tragen kommt.

2. Das Budget, das in individueller Höhe auf alle oder einzelne Mitarbeiter verteilt wird. Die Verteilung dieses individuellen Topfes erfolgt durch den Arbeitgeber, jedoch kann das Ist-Gehalt pro Mitarbeiter um maximal 5% gesteigert werden.

Der Betriebsrat erhält über die Verteilung der individuellen Performanceleistung jährlich eine Liste, die Name und Vergütungserhöhung aufzeigen.

Die maximale prozentuelle Gehaltssteigerung bezieht sich nur auf die Verteilung des individuellen Topfes. Darüber hinaus gehende freiwillige Erhöhung von Gehältern sind von diesem Maximum nicht betroffen.

Abweichend von der 5% Grenze nach § 19 a.2. kann die Erhöhung aus dem individuellen Topf für Beschäftigte der VG 1–4 bis zu 8 % betragen. Diese Regelung gilt nur für 2019 und wird für 2020 evaluiert bzw neu verhandelt.

(a. 2. idF ab 1. Jänner 2019)

3. Die Anpassung der neuen Gehaltstabelle: Kollektivvertragliche Anpassungen der Ist-Gehälter übertragen sich nicht automatisch auf die neue Gehaltstabelle. Die Erhöhung der Mindestgehälter laut Gehaltstabelle stellt einen eigenen Verhandlungspunkt dar.

Es gibt in jeder Vergütungsgruppe einen Endwert auf der 40. Stufe. Jeder Mitarbeiter, welcher das Gehalt

der 40. Stufe oder höher bezieht, wird für die Verteilung der individuellen und kollektiven Töpfe (Punkt 1 und 2) nicht berücksichtigt. Es besteht die Möglichkeit Ausnahmen in einer Betriebsvereinbarung oder im individuellen Arbeitsvertrag/Dienstzettel zu vereinbaren. Ein Anspruch auf eine solche Betriebsvereinbarung oder Regelung im individuellen Arbeitsvertrag/Dienstzettel besteht nicht.

– Angestellte, die das Gehalt der 40. Stufe oder höher beziehen, können eine individuelle Einmalzahlung erhalten, welche nicht aus den Töpfen (Punkt 1 und Punkt 2) bezogen wird. Die Arbeitgeber entscheiden individuell über den Anspruch und über die Höhe dieser Einmalzahlungen. Ein Rechtsanspruch des Mitarbeiters entsteht hieraus nicht.

Die Bezeichnung 40. Stufe bezieht sich auf die Tabelle im Anhang III und korreliert (im Jahr 2016 auch betragsmäßig) mit der Stufe 6 laut Anhang II. Nach zukünftigen Erhöhungen der Tabelle (Punkt 3) ist nur noch diese Stufe 6 als Endwert in Betracht zu ziehen.

– Wird ein individueller Topf nach Punkt 2 festgelegt und erhält der Angestellte zwei Jahre aus diesem keine Erhöhung seines IST-Gehaltes wird für das dritte Jahr der nicht erfolgten Vergütungserhöhung eine Zielvereinbarung zwischen dem Angestellten und dem Vorgesetzten geschlossen. Auf Wunsch des Angestellten wird der Betriebsrat an diesem Gespräch beteiligt. In Betrieben ohne Betriebsrat hat der Angestellte das Recht, einen Gewerkschaftsvertreter für dieses Gespräch beizuziehen. In diesem Gespräch werden realistische Ziele, die vom Angestellten in seiner unmittelbaren Tätigkeit erreichbar sind vereinbart, die bei vollständiger Erreichung zu einer Erhöhung des IST-Gehaltes aus dem individuellen Topf im 3. Jahr führt. Voraussetzung ist, dass ein individueller Topf vorhanden ist.

§ 20 Übergangsbestimmungen

Die Stufensprünge zum 1. 1. 2016, beziehungsweise in manchen Fällen zum 1. 7. 2016, werden – mit den Tabellenwerten des Jahres 2015 – vollzogen.

Die sich daraus ergebenden Eurobeträge werden in die neue Tabelle (siehe Anhang II) migriert. Gehaltsanteile, die nach der Migration über den Mindestgehäl-

tern der neuen Tabelle liegen, gelten als nicht aufsaugbare Überzahlungen (Ist-Gehalt).

Bei der Valorisierung mit 1. 1. 2016 ist folgendermaßen vorzugehen: Erst werden die Stufensprünge umgesetzt, dann die Valorisierung für 2015.

§ 21 Präklusivfrist

Sämtliche Ansprüche aus dem Arbeitsverhältnis sind – sofern der Kollektivvertrag oder gesetzliche Bestimmungen nicht Gegenteiliges regeln – bei sonstigem

Verfall innerhalb von sechs Monaten ab Fälligkeit schriftlich geltend zu machen.

Wien, am 21. November 2018

WIRTSCHAFTSKAMMER ÖSTERREICH
FACHVERBAND DER AUTOBUS-, LUFTFAHRT- UND SCHIFFFAHRTUNTERNEHMUNGEN
BERUFSGRUPPE LUFTFAHRT

Mag. Christian Domany
Obmann der Berufsgruppe Luftfahrt

Dr. Manfred Handerek
Geschäftsführer-Stv.

ÖSTERREICHISCHER GEWERKSCHAFTSBUND
GEWERKSCHAFT DER PRIVATANGESTELLTEN, DRUCK, JOURNALISMUS, PAPIER
Wirtschaftsbereich Verkehr

Barbara Teiber, MA
gf. Vorsitzende

Karl Dürtscher
Geschäftsbereichsleiter

Thomas Schäffer
Vorsitzender des Wirtschaftsbereiches

Bernd Kulterer
Wirtschaftsbereichssekretär

ANHANG I

Verwendungsgruppenschema

Verwendungsgruppenschema

Gruppe 1

ARBEITNEHMER MIT EINFACHER WEISUNGSGEBUNDENER TÄTIGKEIT, DIE NACH ALLGEMEINEN RICHTLINIEN ERFOLGT

zB:

Bürohilfskräfte
Kraftfahrer
Telefonist/innen
Boten
Reinigungskräfte

Gruppe 2

ARBEITNEHMER OHNE EINSCHLÄGIGE BERUFS-AUSBILDUNG ODER BERUFSERFAHRUNG, DEREN TÄTIGKEIT NEBEN AUFGABENBEZOGENEN KENNTNISSEN SELBSTSTÄNDIGKEIT INNERHALB EINES VORGEGEBENEN RAHMENS ERFORDERT

zB:

Arbeitnehmer im Passage-, Fracht- und Telefonverkauf sowie in der Reservierung, in der Flugzeug- und Fluggastabfertigung, Luftfrachtabfertigung, Akquisiteure, Buchhalter/in, Sachbearbeiter/in als Anfänger

Gruppe 3

ARBEITNEHMER MIT ERFOLGREICHER FACH-AUSBILDUNG INNERHALB EINES JAHRES ODER VERGLEICHBARER ERFAHRUNG, DIE IN DER LAGE SIND, SELBSTSTÄNDIG NOTWENDIGE KORREKTUREN IM NORMALEN ARBEITSABLAUF VORZUNEHMEN

zB:

Arbeitnehmer nach erfolgter/absolvierter Grundausbildung im Passage-, Fracht- und Telefonverkauf sowie in der Reservierung, in der Fluggast-, Flugzeug- und Luftfrachtabfertigung, Akquisiteure, Buchhalter/in, Sachbearbeiter/in, Flugzeugtechniker

Gruppe 4

ARBEITNEHMER MIT GRÜNDLICHEN FACHKENNTNISSEN UND UMFANGREICHER SPEZIFISCHER BERUFSERFAHRUNG

zB:

Arbeitnehmer im Passage-, Fracht- und Telefonverkauf sowie in der Reservierung, in der Fluggast-, Flugzeug- und Luftfrachtabfertigung, Akquisiteure, Buchhalter/in, Chefsekretär/in, Flugzeugtechniker mit einer Lizenz

Gruppe 5

ARBEITNEHMER MIT FÜHRUNGSVERANTWORTUNG ODER SPEZIALISTEN, DIE IN EINEM AUFGABENGEBIET EINGESETZT SIND, FÜR DESSEN BEARBEITUNG ERWEITERTE FACHLICHE ANFORDERUNGEN ERFORDERLICH SIND

zB:

Schichtleiter/in bzw Schichtleiter-Stellvertreter/in
Supervisor/in bzw Supervisor-Stellvertreter/in, im ticketing, Verkauf und Reservierung
Buchhalter/in
Flugzeugtechniker mit zwei oder mehr Lizenzen
Loadcontroller
Akquisiteure mit Seniorität und hohem Leistungs niveau

Gruppe 6

ARBEITNEHMER MIT UMFANGREICHER FÜHRUNGSVERANTWORTUNG UND GROSSEM AUFGABENGEBIET

zB:

Chefmechaniker
Supervisor/in
Duty manager/in
Schichtleiter/in
Dispatcher
Abteilungsleiter/in
Stationsleiter/in bzw Stationsleiter-Stellvertreter/in

Gruppe 7

ARBEITNEHMER IN GEHOBENER STELLUNG MIT ÜBERZEUGENDEN LEISTUNGEN ALS FÜHRUNGSKRAFT IN EINEM KOMPLEXEN AUFGABENBEREICH

zB:

Stationsleiter/in
Geschäftsführer/in
Verkaufsleiter/in

ANHANG II

Gehaltstabelle 1. 1. 2019

per 1. Jänner 2019 (in €)

Stufe	Dienstjahr						
Stufe 1 (Minimum)	Einstieg						
Stufe 2	im 5. Dienstjahr						
Stufe 3	im 10. Dienstjahr						
Stufe 4	im 20. Dienstjahr						
Stufe 5	im 30. Dienstjahr						
Stufe 6 (Maximum)	im 40. Dienstjahr						

Senioritätsstufe	VG 1	VG 2	VG 3	VG 4	VG 5	VG 6	VG 7
Stufe 1 (Minimum)	1.576,06	1.637,79	1.893,80	2.157,94	2.505,21	2.913,48	3.401,56
Stufe 2	1.759,67	1.821,41	2.109,71	2.406,95	2.797,68	3.263,53	3.812,86
Stufe 3	2.037,31	2.057,36	2.363,28	2.699,41	3.146,15	3.674,64	4.292,17
Stufe 4	2.292,50	2.386,80	2.774,15	3.178,52	3.712,99	4.335,77	5.050,72
Stufe 5	2.557,02	2.663,20	3.102,79	3.559,84	4.160,91	4.845,88	5.649,99
Stufe 6 (Maximum)		2.975,62	3.474,48	3.988,73	4.649,86	5.419,68	6.324,16

NACHTSCHICHTZULAGE:

Den Angestellten, welche im Schicht- bzw kontinuierlichen Dienst beschäftigt sind und deren Arbeit regelmäßig zur Gänze oder zum Teil in die Zeit zwischen 22 und 6 Uhr fällt, gebührt ein Sonderzuschlag (Nachtschichtzulage). Dieser Sonderzuschlag beträgt

für jede in der Zeit zwischen 22 und 6 Uhr gelegene Arbeitsstunde mindestens 30 % des Grundstundengehaltes. Dieser Sonderzuschlag gebührt nur im Falle der Unanwendbarkeit der Bestimmungen bezüglich Überstunden.

ANHANG III

Gehaltstabelle 1. 1. 2018

		per 1. Jänner 2018 (in €)						
Stufe	Dienstjahr							
Stufe 1 (Minimum)	Einstieg							
Stufe 2	im 5. Dienstjahr							
Stufe 3	im 10. Dienstjahr							
Stufe 4	im 20. Dienstjahr							
Stufe 5	im 30. Dienstjahr							
Stufe 6 (Maximum)	im 40. Dienstjahr							
Senioritätsstufe		VG 1	VG 2	VG 3	VG 4	VG 5	VG 6	VG 7
Stufe 1 (Minimum)		1.576,06	1.637,79	1.893,80	2.157,94	2.505,21	2.913,48	3.401,56
Stufe 2		1.759,67	1.821,41	2.109,71	2.406,95	2.797,68	3.263,53	3.812,86
Stufe 3		2.037,31	2.057,36	2.363,28	2.699,41	3.146,15	3.674,64	4.292,17
Stufe 4		2.292,50	2.386,80	2.774,15	3.178,52	3.712,99	4.335,77	5.050,72
Stufe 5		2.557,02	2.663,20	3.102,79	3.559,84	4.160,91	4.845,88	5.649,99
Stufe 6 (Maximum)			2.975,62	3.474,48	3.988,73	4.649,86	5.419,68	6.324,16

NACHTSCHICHTZULAGE:

Den Angestellten, welche im Schicht- bzw kontinuierlichen Dienst beschäftigt sind und deren Arbeit regelmäßig zur Gänze oder zum Teil in die Zeit zwischen 22 und 6 Uhr fällt, gebührt ein Sonderzuschlag (Nachtschichtzulage). Dieser Sonderzuschlag beträgt

für jede in der Zeit zwischen 22 und 6 Uhr gelegene Arbeitsstunde mindestens 30 % des Grundstundengehaltes. Dieser Sonderzuschlag gebührt nur im Falle der Unanwendbarkeit der Bestimmungen bezüglich Überstunden.

ANHANG IV

Gehaltstabelle 1. 1. 2017

		per 1. Jänner 2017 (in €)						
Stufe	Dienstjahr							
Stufe 1 (Minimum)	Einstieg							
Stufe 2	im 5. Dienstjahr							
Stufe 3	im 10. Dienstjahr							
Stufe 4	im 20. Dienstjahr							
Stufe 5	im 30. Dienstjahr							
Stufe 6 (Maximum)	im 40. Dienstjahr							
Senioritätsstufe		VG 1	VG 2	VG 3	VG 4	VG 5	VG 6	VG 7
Stufe 1 (Minimum)		1.545,16	1.605,68	1.856,67	2.115,63	2.456,09	2.856,35	3.334,86
Stufe 2		1.725,17	1.785,70	2.068,34	2.359,75	2.742,82	3.199,54	3.738,10
Stufe 3		1.997,36	2.017,02	2.316,94	2.646,48	3.084,46	3.602,59	4.208,01
Stufe 4		2.247,55	2.340,00	2.719,75	3.116,20	3.640,19	4.250,75	4.951,69
Stufe 5		2.506,88	2.610,98	3.041,95	3.490,04	4.079,32	4.750,86	5.539,21
Stufe 6 (Maximum)			2.917,27	3.406,35	3.910,52	4.558,69	5.313,41	6.200,16

NACHTSCHICHTZULAGE:

Den Angestellten, welche im Schicht- bzw kontinuierlichen Dienst beschäftigt sind und deren Arbeit regelmäßig zur Gänze oder zum Teil in die Zeit zwischen 22 und 6 Uhr fällt, gebührt ein Sonderzuschlag (Nachtschichtzulage). Dieser Sonderzuschlag beträgt

für jede in der Zeit zwischen 22 und 6 Uhr gelegene Arbeitsstunde mindestens 30 % des Grundstundengehaltes. Dieser Sonderzuschlag gebührt nur im Falle der Unanwendbarkeit der Bestimmungen bezüglich Überstunden.

ANHANG V

Gehaltstabelle 1. 1. 2016

		per 1. Jänner 2016 (in €)					
Stufe	Dienstjahr						
Stufe 1 (Minimum)	Einstieg						
Stufe 2	im 5. Dienstjahr						
Stufe 3	im 10. Dienstjahr						
Stufe 4	im 20. Dienstjahr						
Stufe 5	im 30. Dienstjahr						
Stufe 6 (Maximum)	im 40. Dienstjahr						
Senioritätsstufe	VG 1	VG 2	VG 3	VG 4	VG 5	VG 6	VG 7
Stufe 1 (Minimum)	1.391,89	1.605,68	1.856,67	2.115,63	2.456,09	2.856,35	3.334,86
Stufe 2	1.545,16	1.785,70	2.068,34	2.359,75	2.742,82	3.199,54	3.738,10
Stufe 3	1.725,17	1.997,36	2.316,94	2.646,48	3.084,46	3.602,59	4.208,01
Stufe 4	2.017,02	2.340,00	2.719,75	3.116,20	3.640,19	4.250,75	4.951,69
Stufe 5	2.247,55	2.610,98	3.041,95	3.490,04	4.079,32	4.750,86	5.539,21
Stufe 6 (Maximum)	2.506,88	2.917,27	3.406,35	3.910,52	4.558,69	5.313,41	6.200,16

NACHTSCHICHTZULAGE:

Den Angestellten, welche im Schicht- bzw kontinuierlichen Dienst beschäftigt sind und deren Arbeit regelmäßig zur Gänze oder zum Teil in die Zeit zwischen 22 und 6 Uhr fällt, gebührt ein Sonderzuschlag (Nachtschichtzulage). Dieser Sonderzuschlag beträgt

für jede in der Zeit zwischen 22 und 6 Uhr gelegene Arbeitsstunde mindestens 30 % des Grundstundengehaltes. Dieser Sonderzuschlag gebührt nur im Falle der Unanwendbarkeit der Bestimmungen bezüglich Überstunden.

ANHANG VI

Gehaltstabelle 1. 1. 2015

per 1. Jänner 2015 (in €)

Verwendungsgruppe Jahr	1	2	3	4	5	6	7
-1		1.452,90	1.677,43	1.941,10	2.212,85	2.570,40	2.993,08
-2		1.503,81	1.737,26	1.999,22	2.293,95	2.665,54	3.107,00
-3		1.554,70	1.797,02	2.059,06	2.374,98	2.760,79	3.220,94
1.	1.391,89	1.605,68	1.856,67	2.115,63	2.456,09	2.856,35	3.334,86
2.	1.428,48	1.648,58	1.907,40	2.173,96	2.524,60	2.938,49	3.431,20
3.	1.466,28	1.693,09	1.959,48	2.234,05	2.595,16	3.022,96	3.530,51
4.	1.505,15	1.738,61	2.013,95	2.295,99	2.667,93	3.109,95	3.632,65
5.	1.545,16	1.785,70	2.068,34	2.359,75	2.742,82	3.199,54	3.738,10
6.	1.586,45	1.834,21	2.125,29	2.425,45	2.820,03	3.291,80	3.846,49
7.	1.628,92	1.884,07	2.184,00	2.493,04	2.900,79	3.386,94	3.958,18
8.	1.672,59	1.935,49	2.244,43	2.562,73	2.984,14	3.484,85	4.073,30
9.	1.672,59	1.935,49	2.244,43	2.562,73	2.984,14	3.484,85	4.073,30
10.	1.725,17	1.997,36	2.316,94	2.646,48	3.084,46	3.602,59	4.208,01
11.	1.725,17	1.997,36	2.316,94	2.646,48	3.084,46	3.602,59	4.208,01
12.	1.779,64	2.061,18	2.392,10	2.733,20	3.187,93	3.724,32	4.346,80
13.	1.779,64	2.061,18	2.392,10	2.733,20	3.187,93	3.724,32	4.346,80
14.	1.835,90	2.127,40	2.469,81	2.822,82	3.295,19	3.850,40	4.490,26
15.	1.835,90	2.127,40	2.469,81	2.822,82	3.295,19	3.850,40	4.490,26
16.	1.894,30	2.195,92	2.550,31	2.917,18	3.406,28	3.980,86	4.638,79
17.	1.894,30	2.195,92	2.550,31	2.917,18	3.406,28	3.980,86	4.638,79
18.	1.954,64	2.266,74	2.633,54	3.014,98	3.521,15	4.115,41	4.794,94
19.	1.954,64	2.266,74	2.633,54	3.014,98	3.521,15	4.115,41	4.794,94
20.	2.017,02	2.340,00	2.719,75	3.116,20	3.640,19	4.250,75	4.951,69
21.	2.017,02	2.340,00	2.719,75	3.116,20	3.640,19	4.250,75	4.951,69
22.	2.017,02	2.340,00	2.719,75	3.116,20	3.640,19	4.250,75	4.951,69
23.	2.090,87	2.426,91	2.821,72	3.235,93	3.780,81	4.410,92	5.139,80
24.	2.090,87	2.426,91	2.821,72	3.235,93	3.780,81	4.410,92	5.139,80
25.	2.090,87	2.426,91	2.821,72	3.235,93	3.780,81	4.410,92	5.139,80
26.	2.167,65	2.517,11	2.929,57	3.360,62	3.927,14	4.577,57	5.335,59
27.	2.167,65	2.517,11	2.929,57	3.360,62	3.927,14	4.577,57	5.335,59
28.	2.167,65	2.517,11	2.929,57	3.360,62	3.927,14	4.577,57	5.335,59
29.	2.247,55	2.610,98	3.041,96	3.490,04	4.079,32	4.750,86	5.539,21
30.	2.247,55	2.610,98	3.041,95	3.490,04	4.079,32	4.750,86	5.539,21
31.	2.247,55	2.610,98	3.041,95	3.490,04	4.079,32	4.750,86	5.539,21
32.	2.330,56	2.708,71	3.158,56	3.624,69	4.233,28	4.931,04	5.750,94
33.	2.330,56	2.708,71	3.158,56	3.624,69	4.233,28	4.931,04	5.750,94
34.	2.330,56	2.708,71	3.158,56	3.624,69	4.233,28	4.931,04	5.750,94
35.	2.417,02	2.810,15	3.280,02	3.764,70	4.392,77	5.118,50	5.971,22
36.	2.417,02	2.810,15	3.280,02	3.764,70	4.392,77	5.118,50	5.971,22
37.	2.417,02	2.810,15	3.280,02	3.764,70	4.392,77	5.118,50	5.971,22
38.	2.506,88	2.917,26	3.406,35	3.910,52	4.558,69	5.313,41	6.200,16
39.	2.506,88	2.917,26	3.406,35	3.910,52	4.558,69	5.313,41	6.200,16
40.	2.506,88	2.917,27	3.406,35	3.910,52	4.558,69	5.313,41	6.200,16
41.	2.600,33	3.029,05	3.537,69	4.062,03	4.731,21	5.516,09	6.438,33

Verwendungsgruppe Jahr	1	2	3	4	5	6	7
42.	2.600,33	3.029,05	3.537,69	4.062,03	4.731,21	5.516,09	6.438,33
43.	2.600,33	3.029,05	3.537,69	4.062,03	4.731,21	5.516,09	6.438,33
44.	2.600,33	3.029,05	3.537,69	4.062,03	4.731,21	5.516,09	6.438,33
45.	2.600,33	3.029,05	3.537,69	4.062,03	4.731,21	5.516,09	6.438,33
46.	2.697,54	3.145,29	3.674,30	4.215,85	4.910,60	5.726,89	6.686,02
47.	2.697,54	3.145,29	3.674,30	4.215,85	4.910,60	5.726,89	6.686,02
48.	2.697,54	3.145,29	3.674,30	4.215,85	4.910,60	5.726,89	6.686,02
49.	2.697,54	3.145,29	3.674,30	4.215,85	4.910,60	5.726,89	6.686,02
50.	2.697,54	3.145,29	3.674,30	4.215,85	4.910,60	5.726,89	6.686,02
51.	2.798,62	3.266,20	3.816,34	4.374,65	5.097,19	5.946,12	6.943,62
52.	2.798,62	3.266,20	3.816,34	4.374,65	5.097,19	5.946,12	6.943,62
53.	2.798,62	3.266,20	3.816,34	4.374,65	5.097,19	5.946,12	6.943,62
54.	2.798,62	3.266,20	3.816,34	4.374,65	5.097,19	5.946,12	6.943,62
55.	2.798,62	3.266,20	3.816,34	4.374,65	5.097,19	5.946,12	6.943,62
56.	2.905,11	3.391,94	3.964,09	4.539,79	5.291,23	6.174,14	7.211,52
57.	2.905,11	3.391,94	3.964,09	4.539,79	5.291,23	6.174,14	7.211,52
58.	2.905,11	3.391,94	3.964,09	4.539,79	5.291,23	6.174,14	7.211,52
59.	2.905,11	3.391,94	3.964,09	4.539,79	5.291,23	6.174,14	7.211,52
60.	2.905,11	3.391,94	3.964,09	4.539,79	5.291,23	6.174,14	7.211,52
61.	3.016,41	3.522,71	4.116,87	4.711,55	5.493,05	6.411,25	7.490,15
62.	3.016,41	3.522,71	4.116,87	4.711,55	5.493,05	6.411,25	7.490,15
63.	3.016,41	3.522,71	4.116,87	4.711,55	5.493,05	6.411,25	7.490,15
64.	3.016,41	3.522,71	4.116,87	4.711,55	5.493,05	6.411,25	7.490,15
65.	3.016,41	3.522,71	4.116,87	4.711,55	5.493,05	6.411,25	7.490,15

Alle weiteren 5-Jahressprünge vollziehen sich im selben prozentuellen Ausmaß wie die vorangegangenen.

DATENSCHUTZINFORMATION (online unter: www.oegb.at/datenschutz)

Der Schutz Ihrer persönlichen Daten ist uns ein besonderes Anliegen. In dieser Datenschutzerklärung informieren wir Sie über die wichtigsten Aspekte der Datenverarbeitung im Rahmen der Mitgliederverwaltung. Eine umfassende Information, wie der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB)/Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp) mit Ihren personenbezogenen Daten umgeht, finden Sie unter www.oegb.at/datenschutz.

Verantwortlicher für die Verarbeitung Ihrer Daten ist der Österreichische Gewerkschaftsbund. Wir verarbeiten die umseits von Ihnen angegebenen Daten mit hoher Vertraulichkeit, nur für Zwecke der Mitgliederverwaltung der Gewerkschaft und für die Dauer Ihrer Mitgliedschaft bzw. solange noch Ansprüche aus der Mitgliedschaft bestehen können. Rechtliche Basis der Datenverarbeitung ist Ihre Mitgliedschaft im ÖGB/GPA-djp; soweit Sie dem Betriebsabzug zugestimmt haben, Ihre Einwilligung zur Verarbeitung der dafür zusätzlich erforderlichen Daten.

Die Datenverarbeitung erfolgt durch den ÖGB/GPA-djp selbst oder durch von diesem vertraglich beauftragte und kontrollierte Auftragsverarbeiter. Eine sonstige Weitergabe der Daten an Dritte erfolgt nicht oder nur mit Ihrer ausdrücklichen Zustimmung. Die Datenverarbeitung erfolgt ausschließlich im EU-Inland.

Ihnen stehen gegenüber dem ÖGB/GPA-djp in Bezug auf die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten die Rechte auf Auskunft, Berichtigung, Löschung und Einschränkung der Verarbeitung zu.

Gegen eine Ihrer Ansicht nach unzulässige Verarbeitung Ihrer Daten können Sie jederzeit eine Beschwerde an die österreichische Datenschutzbehörde (www.dsb.gv.at) als Aufsichtsstelle erheben.

Sie erreichen uns über folgende Kontaktdaten:

GPA-djp
1030 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1
Tel.: +43 (0)5 0301-301
E-Mail: service@gpa-djp.at

Österreichischer Gewerkschaftsbund
1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1
Tel.: +43 (0)1 534 44-0
E-Mail: oegb@oegb.at

Unsere Datenschutzbeauftragten erreichen Sie unter:
datenschutzbeauftragter@oegb.at.

MITMACHEN – MITREDEN – MITBESTIMMEN



Interessengemeinschaften der GPA-djp bringen Menschen mit ähnlichen Berufsmerkmalen zusammen. Zum Austauschen von Erfahrungen und Wissen, zum Diskutieren von Problemen, zum Suchen kompetenter Lösungen, zum Durchsetzen gemeinsamer beruflicher Interessen.

Mit Ihrer persönlichen Eintragung in eine oder mehrere berufliche Interessengemeinschaften

>> erhalten Sie mittels Newsletter (elektronisch oder brieflich) regelmäßig Informationen über Anliegen, Aktivitäten und Einladungen für Ihre Berufsgruppe;

>> können Sie Ihre beruflichen Interessen auf direktem Weg in die Kollektivvertragsverhandlungen Ihres Branchenbereichs einbringen;

>> erschließen Sie sich Mitwirkungsmöglichkeiten an Projekten, Bildungsveranstaltungen, Kampagnen, Internet-Foren und anderen für Ihre Berufsgruppe maßgeschneiderten Veranstaltungen, auch auf regionaler Ebene;

>> nehmen Sie von der Interessengemeinschaft entwickelte berufsspezifische Dienstleistungen und Produkte in Anspruch (Fachberatung auf regionaler Ebene, Bücher, Broschüren und andere Materialien);

>> beteiligen Sie sich an demokratischen Direktwahlen Ihrer beruflichen Vertretung auf Bundesebene sowie regionaler Ebene und nehmen dadurch Einfluss auf die gewerkschaftliche Meinungsbildung und Entscheidung.

Nähere Infos dazu unter: www.gpa-djp.at/interesse

Ich möchte mich in folgende Interessengemeinschaften eintragen:

- IG PROFESSIONAL** **IG FLEX** **IG SOCIAL** **IG EDUCATION** **IG MIGRATION**
 IG EXTERNAL **IG IT** **IG POINT-OF-SALE**

Dieses Service ist für mich kostenlos und kann jederzeit von mir widerrufen werden.

Frau Herr Titel

Familienname Vorname

Straße/Haus-Nr. PLZ/Wohnort

Berufsbezeichnung Betrieb

Telefonisch erreichbar eMail

.....
Datum/Unterschrift

Ihre Kontaktadressen der **GPA-djp**

Service-Hotline: 05 0301-301

**Gewerkschaft der Privatangestellten,
Druck, Journalismus, Papier**

1030 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1
service@gpa-djp.at

Regionalgeschäftsstelle Wien

1030 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1

Regionalgeschäftsstelle Oberösterreich

4020 Linz, Volksgartenstraße 40

Regionalgeschäftsstelle Niederösterreich

3100 St. Pölten, Gewerkschaftsplatz 1

Regionalgeschäftsstelle Salzburg

5020 Salzburg, Markus-Sittikus-Straße 10

Regionalgeschäftsstelle Burgenland

7000 Eisenstadt, Wiener Straße 7

Regionalgeschäftsstelle Tirol

6020 Innsbruck, Südtiroler Platz 14-16

Regionalgeschäftsstelle Steiermark

8020 Graz, Karl-Morre-Straße 32

Regionalgeschäftsstelle Vorarlberg

6901 Bregenz, Reutegasse 11

Regionalgeschäftsstelle Kärnten

9020 Klagenfurt, Bahnhofstraße 44/4

www.gpa-djp.at



Für alle,
die **mehr wollen!**

DVR: 0046655, ÖGB ZVR-Nr.: 576439352

Herausgeber: Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier, 1034 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1.

Medieninhaber und Hersteller: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes Ges.m.b.H., 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1.
Verlags- und Herstellungsort Wien.



1034 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1, Telefon 05 0301-301, Fax 05 0301-300
www.gpa-djp.at - eMail: service@gpa-djp.at